

**Konferenz  
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder  
am 12. März 2025 in Berlin**

**Beschluss**

**TOP 1            80 Jahre Ende Zweiter Weltkrieg – Freiheit. Frieden. Einheit.  
Demokratie.**

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder erinnern an den Jahrestag des Kriegsendes in Europa. Vor 80 Jahren endete der Zweite Weltkrieg in Europa und Deutschland wurde von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft befreit. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder gedenken der Millionen von Opfern, deren Schicksale in unser kollektives Gedächtnis eingegangen sind. Die nationalsozialistischen Verbrechen markieren einen Zivilisationsbruch, der bis heute nachwirkt und uns eine besondere Verantwortung auferlegt, jeder Form von Antisemitismus, Antiziganismus, extremistischen, rassistischen oder fremdenfeindlichen Bestrebungen sowie Angriffen auf das Existenzrecht Israels entschieden entgegen zu treten.

Nach dem 8. Mai 1945 begann ein Prozess des Wiederaufbaus, der Versöhnung und der Suche nach einem dauerhaften Frieden in Europa. Das Grundgesetz ist als Gegenentwurf zum Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes entstanden. Es hat entscheidend dazu beigetragen, dass heute Freiheit, Frieden und Demokratie Deutschland prägen. Durch die europäische Einigung und die transatlantische Partnerschaft ist Deutschland unverbrüchlicher Teil der westlichen Wertegemeinschaft und Freiheitsordnung geworden.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder betonen, dass der Zweite Weltkrieg aber auch die deutsche Teilung zur Folge hatte. Es entstanden zwei deutsche Staaten – im Westen die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, im Osten die DDR als Unrechtsstaat. Erst mit der Wiedervereinigung vor 35 Jahren wurden Freiheit und Demokratie für ganz

Deutschland Realität. Ermutigt durch die Freiheitsbewegungen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn sowie in Estland, Lettland und Litauen erkämpften sich die Menschen in allen Regionen und Städten der DDR Freiheit und Demokratie. Die große Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ gegen bewaffnete Sicherheitskräfte war eines der entscheidenden Ereignisse der Friedlichen Revolution. Die deutsche Wiedervereinigung war ein wichtiger Baustein im Prozess der Überwindung des Kalten Krieges und der Teilung Europas. Daraus erwächst die Verantwortung Deutschlands für ein Europa, das stark zusammensteht und sich im globalen Maßstab behauptet.

Die europäische Selbstbehauptung wird durch den wachsenden globalen Standortwettbewerb und bewaffnete Konflikte vor große Herausforderungen gestellt. Die Demokratie ist die Grundlage für Menschenwürde, Freiheit, Frieden, und Rechtsstaatlichkeit. Sie muss sich gegen Autokratien behaupten sowie ihre Handlungsfähigkeit, politische Stärke und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beweisen - ohne dabei ihre grundlegenden Werte infrage zu stellen.

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands stellt nicht nur eine Bedrohung für die Ukraine dar, sondern auch für das gesamte europäische Friedensprojekt. Deshalb darf Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen und transatlantischen Partnern in seiner Unterstützung für die Ukraine in ihrem Recht auf Selbstverteidigung nicht nachlassen. Die Ukraine hat ein Recht auf Sicherheit, Freiheit und territoriale Integrität. Dabei kann der Weg zu einem dauerhaften Frieden nur in engster Abstimmung zwischen der Ukraine, transatlantischen Partnern und den Staaten Europas gelingen.

Angesichts einer zunehmend unsicheren Welt, in der autoritäre Systeme ihren Einfluss ausweiten und territoriale Ambitionen zeigen, ist es entscheidend, dass Europa seine militärische und sicherheitspolitische Unabhängigkeit stärkt. Deutschland kommt mit seiner großen wirtschaftlichen Kraft und seiner zentralen Lage in Europa eine entscheidende Rolle zu. Investitionen in Sicherheit umfassen auch eine Ertüchtigung der Infrastruktur, der militärischen Mobilität, und der Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder betonen, dass die Neuausrichtung der zivil-militärischen Zusammenarbeit eine

gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist. Nur durch das gemeinsame Engagement von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Wirtschaft und mit Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger kann die Resilienz Deutschlands und damit Europas gestärkt werden.